

FELIX BERNER

Das Utilitätsprinzip  
im System zivilrechtlicher  
Haftung

*Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen*

128

---

**Mohr Siebeck**

TÜBINGER RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN

Herausgegeben von  
Mitgliedern der Juristischen Fakultät  
der Universität Tübingen

Band 128





Felix Berner

# Das Utilitätsprinzip im System zivilrechtlicher Haftung

Mohr Siebeck

*Felix Berner*, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen und der University of Oxford; 2017 Promotion; 2024 Habilitation; Akademischer Rat a.Z. an der Universität Tübingen; SoSe 2025 Lehrstuhlvertreter an der Universität Münster.  
orcid.org/0009-0002-7967-2346

Gedruckt mit Unterstützung der Studienstiftung ius vivum, Kiel

ISBN 978-3-16-164192-3 / eISBN 978-3-16-164193-0  
DOI 10.1628/978-3-16-164193-0

ISSN 0082-6731 / eISSN 2569-4529 (Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland  
[www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com), [info@mohrsiebeck.com](mailto:info@mohrsiebeck.com)

## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Habilitationsschrift angenommen. Der gesamten Fakultät danke ich für die Durchführung des Habilitationsverfahrens und hilfreiche Anregungen während meiner Habilitationszeit, insbesondere Herrn Prof. Dr. Thomas Finkenauer für seine stets offene Tür und seinen ehrlichen Rat, sowie Herrn Prof. Dr. Stefan Huber, nicht nur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, sondern auch für seine stets willkommene Anleitung.

Die Arbeit hat durch einen Forschungsaufenthalt an der University of Oxford sehr gewonnen, nicht nur aufgrund des hervorragenden Forschungsumfelds am Institute of European and Comparative Law, sondern auch durch Gespräche mit Prof. Andrew Dickinson, Prof. Dr. Dres. h. c. Wolfgang Ernst, Prof. Dr. Birke Häcker und Dr. Johannes Ungerer. Während des Aufenthalts habe ich zudem Franz Bauer kennengelernt, der ebenfalls eine Arbeit zum Utilitätsprinzip verfasst. Inhaltlich haben sich beide Arbeiten aber nicht beeinflusst.

Meine Kollegen und Freunde haben es auf sich genommen, Teile der Arbeit Korrektur zu lesen und über sie zu diskutieren: Karin Arnold, Chris Decker, Annalena Dräger, Tim Giesecke, Jonas Jaenicke, Andreas Majewski, Dr. Paul Metz, Marius Romann, Konstantin Schönleber, Nils Schulz und Johannes Sommer.

Für die großzügige Förderung der Publikation möchte ich der Studienstiftung *ius vivum* danken, für die Aufnahme in die Tübinger Reihe Herrn Prof. Dr. Finkenauer.

Ein ganz besonderer Dank gilt aber meinem Lehrer Prof. Dr. Martin Gebauer. Nicht nur durfte ich mehr als zehn Jahre an seinem Lehrstuhl verbringen – erst als studentische Hilfskraft, dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter und zuletzt als Akademischer Rat a.Z. In all dieser Zeit durfte ich in großer Freiheit von ihm lernen. Wichtiger für dieses Vorwort ist aber der Einfluss, den er auf die Arbeit hatte. Nicht nur stand seine Tür stets offen, um über den Inhalt zu diskutieren. Ohne seine Ermutigung hätte ich nicht mit der Arbeit begonnen, und ohne seinen Zuspruch hätte ich sie auch nicht fertiggestellt.

Zuletzt bleibt noch meiner gesamten Familie zu danken, die mich ermutigt und unterstützt hat, das zweite Buch anzugehen und es zu vollenden. Ganz besonders hervorheben möchte ich dabei meine wundervolle Ehefrau Nicola, ohne

deren Unterstützung und Zuspruch die Arbeit ebenfalls weder angegangen noch vollendet worden wäre. Ihr ist dieses Buch gewidmet.

Luxemburg, November 2024

Felix Berner

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Einleitung .....	1
<i>A. Eine Annäherung an das Utilitätsprinzip .....</i>	<i>4</i>
<i>B. Das Verhältnis zu ähnlichen dogmatischen Konstruktionen .....</i>	<i>6</i>
<i>I. Der „Vorteil-Nachteil-Zusammenhang“ .....</i>	<i>7</i>
<i>II. Das „Interesseprinzip“ .....</i>	<i>8</i>
<i>III. Die „Risikohaftung bei Tätigkeit in fremdem Interesse“ .....</i>	<i>9</i>
<i>C. Argumente, die neben dem Nutzen für die Bestimmung der Haftungsmaßstäbe von Bedeutung sind .....</i>	<i>10</i>
<i>I. Das Vertrauensprinzip .....</i>	<i>10</i>
<i>II. Das Verschuldensprinzip .....</i>	<i>11</i>
<i>III. Versari in re illicita .....</i>	<i>11</i>
<i>IV. Versicherung und Versicherbarkeit .....</i>	<i>11</i>
<i>D. Abgrenzung von anderen Assoziationen, die der Begriff utilitas aufwirft .....</i>	<i>12</i>
<i>I. Die Bindungswirkung unentgeltlicher Verträge .....</i>	<i>12</i>
<i>II. Das „Prinzip der Utilität“ im Recht der Grunddienstbarkeiten .....</i>	<i>12</i>
<i>III. Philosophischer Utilitarismus .....</i>	<i>13</i>
<i>IV. „Nutzen“ als allgemeines Argumentationsmuster .....</i>	<i>14</i>
<i>E. Forschungsstand .....</i>	<i>15</i>
<i>F. Erkenntnisziele und Gang der weiteren Untersuchung .....</i>	<i>17</i>
<b>1. Abschnitt Der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in seiner geschichtlichen Entwicklung .....</b>	<b>19</b>
<i>A. Die Haftungsmaßstäbe in ihrer geschichtlichen Entwicklung .....</i>	<i>20</i>
<i>I. Vorsatz und Fahrlässigkeit .....</i>	<i>21</i>
<i>II. Custodia .....</i>	<i>22</i>
<i>III. Culpa levissima .....</i>	<i>24</i>
<i>1. Die Entwicklung der culpa levissima bei den Glossatoren .....</i>	<i>24</i>
<i>2. Der Inhalt der culpa levissima bei den Glossatoren .....</i>	<i>28</i>

3. Die Entwicklung der culpa levissima nach den Glossatoren . . . . .	29
4. Die culpa levissima im BGB . . . . .	34
IV. Culpa latissima, culpa latior und culpa levior . . . . .	35
<i>B. Die Zuordnung der Haftungsmaßstäbe in der geschichtlichen Entwicklung . . . . .</i>	37
I. Verwahrung . . . . .	38
1. Die Haftung des Verwahrers . . . . .	38
2. Die Haftung des Hinterlegers . . . . .	41
II. Leihe . . . . .	44
1. Die Unterteilung der Leihe in „Leihvertrag“ (commodatum) und „Bittleihe“ (precarium) . . . . .	44
2. Die Haftung des Entleihers beim commodatum . . . . .	44
3. Die Haftung des Verleihers beim commodatum . . . . .	50
4. Die Haftung bei Bittleihe (precarium) . . . . .	51
a) Die Haftung des Bittleihers im römischen Recht . . . . .	51
b) Die Haftung des Bittleihers in der weiteren geschichtlichen Entwicklung . . . . .	53
III. Auftrag . . . . .	55
1. Die Haftung des Beauftragten . . . . .	55
a) Römisches Recht . . . . .	55
b) Die Haftung des Beauftragten in der weiteren Entwicklung . . . . .	59
2. Die Haftung des Auftraggebers . . . . .	67
IV. Schenkung . . . . .	70
V. Verträge, die beiden Vertragsparteien nutzen . . . . .	72
VI. Der Pfandvertrag (pignus) . . . . .	74
VII. Unbenannte Verträge und vorvertragliche Haftung . . . . .	76
VIII. Die Haftung des Gesellschafters bei der societas . . . . .	76
IX. Die Haftung des Geschäftsführers ohne Auftrag . . . . .	77
X. Die Haftung des Vormunds . . . . .	80
XI. Die Haftung des Erben gegenüber einem Vermächtnisnehmer . . . . .	81
<i>C. Schlussfolgerungen . . . . .</i>	84
I. Die Bedeutung des Zusammenhangs von Nutzen und Haftung in der geschichtlichen Entwicklung . . . . .	84
1. Römisches Recht . . . . .	84
2. Der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in der weiteren geschichtlichen Entwicklung . . . . .	86
II. Kontinuität der Haftungsmaßstäbe . . . . .	98
III. Die strenge Haftung des Beauftragten als Argument gegen das Utilitätsprinzip . . . . .	99
IV. Andere typische Argumente zur Bestimmung des Haftungsmaßstabs . . . . .	99
V. Der Grund für die Verwendung des Utilitätsprinzips in der geschichtlichen Entwicklung . . . . .	103

VI. Die geringe Bedeutung des Wortes utilitas .....	104
VII. Wirkung über die Zuordnung des vertraglichen Haftungsmaßstabs hinaus .....	105
 2. Abschnitt Der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in ausländischen Rechtsordnungen .....	 107
<i>A. Rechtsfindung mit kodifiziertem Utilitätsprinzip – das schweizerische Obligationenrecht .....</i>	<i>108</i>
I. Die Rechtsfolge des Art. 99 Abs. 2 OR .....	109
II. Die Auswirkungen des Utilitätsprinzips im schweizerischen Obligationenrecht .....	111
1. Die Haftung des Schenkers .....	112
2. Die Haftung des Verleihers .....	113
3. Die Haftung des unentgeltlichen Verwahrers .....	114
4. Die Haftung des Beauftragten .....	114
5. Die Haftung bei zinslosem Darlehen .....	115
6. Die Haftung des Geschäftsführers ohne Auftrag .....	116
7. Die Haftung des (vertragslos) Gefälligen .....	116
8. Die Haftung des Auftraggebers .....	117
9. Die Haftung des Entleihers .....	118
10. Die Haftung des Hinterlegers .....	119
11. Die Haftung desjenigen, zu dessen Gunsten eine Gefälligkeit erbracht wird .....	120
<i>B. Der Einfluss des Nutzens auf die Bestimmung der Haftungsmaßstäbe</i>	<i>121</i>
I. Nutzenbasierte Abstufung des Haftungsmaßstabs im französischen, italienischen und österreichischen Recht .....	121
1. Allgemeines .....	121
2. Die einzelnen Haftungsmaßstäbe .....	123
II. Die Abstufung des Haftungsmaßstabs in der geschichtlichen Entwicklung des englischen Rechts .....	128
1. Bailment .....	129
a) Die Kategorien des bailment .....	131
b) Die Haftungsmaßstäbe im bailment .....	133
aa) Unentgeltliche Verwahrung .....	134
bb) Leihe .....	137
cc) Miete .....	139
dd) Pfand .....	139
ee) „Dienstverträge“ (i.w.S.) .....	140
ff) Auftrag .....	140
2. „Tort“ .....	143
3. Trusts .....	144
III. Die „Guest Statutes“ des US-amerikanischen Rechts .....	147

<i>C. Der Einfluss des Nutzens auf die erforderliche Sorgfalt</i> . . . . .	151
I. Der Einfluss auf die erforderliche Sorgfalt im französischen Recht	153
II. Der Einfluss auf die erforderliche Sorgfalt im italienischen Recht	153
III. Der Einfluss auf die erforderliche Sorgfalt im englischen Recht . . . .	154
1. Bailment . . . . .	156
a) Unentgeltliche Verwahrung . . . . .	160
b) Leihe . . . . .	161
c) Miete . . . . .	165
d) Pfand . . . . .	165
e) „Dienstverträge“ (i.w.S) . . . . .	166
f) Auftrag . . . . .	166
2. Tort . . . . .	167
a) Common Law . . . . .	167
b) Social Action, Responsibility and Heroism Act 2015 . . . . .	170
3. Trusts . . . . .	173
a) Common Law . . . . .	173
b) Die Trustee Acts 1925 und 2000 . . . . .	174
aa) S. 1 Trustee Act 2000 . . . . .	174
bb) S. 61 Trustee Act 1925 . . . . .	176
<i>D. Ergebnisse der rechtsvergleichenden Untersuchung</i> . . . . .	177
3. Abschnitt Das Utilitätsprinzip im geltenden deutschen Recht . . . . .	181
<i>A. Das Utilitätsprinzip als Prinzip des geltenden Rechts</i> . . . . .	181
I. „Prinzipientheorie(n)“ . . . . .	182
1. Die normtheoretische Unterscheidung zwischen „Regeln“ und „Prinzipien“ . . . . .	186
2. Prinzipien als Gegenstände und Gründe . . . . .	190
3. Absolute und relative Prinzipien . . . . .	191
4. Formelle und materielle Prinzipien . . . . .	192
5. „Optimierungsgebote“ und „zu optimierende Gebote“ . . . . .	192
6. Prinzipientheorie und Grundrechte . . . . .	193
7. Zwischenergebnis: Erhebliches und Unerhebliches aus der Prinzipientheorie . . . . .	194
II. Prinzipien als Argumente im Kontext des einfachen Rechts . . . . .	195
III. Die Herleitung von Prinzipien des geltenden Rechts . . . . .	198
1. Von juristischen Argumenten . . . . .	200
a) Die verfassungsrechtliche Grenze . . . . .	203
aa) Die Bindung an das Gesetz . . . . .	203
bb) Die Bindung an das „Recht“ . . . . .	207
cc) Das Vorverständnis . . . . .	211
dd) Zwischenergebnis: Die Grenze zulässiger Argumente . . . . .	212

b)	Die Folgen der Zulässigkeitsgrenze für die Rechtsfindung im Privatrecht .....	213
aa)	Die Elemente der Auslegung .....	213
(1)	Wortlaut und Systematik .....	214
(2)	Entstehungsgeschichtliche Argumente .....	215
(3)	Historische Argumente .....	215
(4)	Teleologische Argumente .....	216
(5)	Rechtsvergleichende Argumente .....	218
bb)	Die Rechtsfortbildung .....	222
cc)	Interessen- und Wertungsjurisprudenz .....	225
dd)	Generalklauseln .....	226
ee)	Die Natur der Sache .....	228
ff)	Rechtspolitische Argumente .....	229
c)	Juristische Argumente bei Ermittlung eines privaten Willens .....	231
2.	Der Maßstab für die Herleitung von Prinzipien .....	232
a)	Der Zusammenhang zwischen Prinzipienbildung und juristischer Argumentation .....	232
b)	Die Herleitung von Prinzipien bei Dworkin, Alexy und Esser .....	233
c)	Prinzipienbildung bei Larenz, Bydlinski und Canaris .....	233
d)	Prinzipienbildung bei Metzger .....	234
e)	Prinzipienbildung in der rechtsökonomischen Literatur .....	235
f)	Die induktive Ableitung von Prinzipien .....	236
3.	Topik, bewegliche Systeme und das Verhältnis von induktiver Herleitung und Gesamtanalogie .....	238
a)	Topik .....	238
b)	Das bewegliche System .....	240
aa)	Rechtsfindung im beweglichen System .....	242
bb)	Das bewegliche System im geltenden Recht .....	244
cc)	Das Utilitätsprinzip im beweglichen System Wilburgs .....	247
c)	Das Verhältnis von induktiver Herleitung und Gesamtanalogie .....	248
IV.	Die Herleitung des Utilitätsprinzips .....	250
1.	Die haftungsmildernde Seite des Utilitätsprinzips .....	252
a)	Die Haftungserleichterungen bei unentgeltlichen Verträgen .....	252
b)	§ 680 BGB und § 968 BGB .....	254
c)	§§ 31a, 31b BGB .....	255
d)	Die Haftungserleichterung für Stiftungsorgane .....	258
e)	Die Haftungserleichterung für den Arbeitnehmer .....	258
f)	§ 300 Abs. 1 BGB .....	263
g)	Das Utilitätsprinzip in der Entstehungsgeschichte des BGB .....	264

h)	Die Haftung des Beauftragten .....	267
i)	Die Haftung des Vormunds und des Testamentsvollstreckers .....	270
j)	Die Haftung des Geschäftsführers ohne Auftrag .....	271
k)	Die Haftung des Bürgen .....	271
l)	Die Haftung des Prekaristen .....	272
m)	Folgerungen .....	273
2.	Die haftungsverschärfende Seite des Utilitätsprinzips .....	274
a)	Gefährdungshaftung .....	275
aa)	Das Utilitätsprinzip als Grundlage der Gefährdungshaftung .....	275
bb)	Die Folgen für die haftungsverschärfende Seite des Utilitätsprinzips .....	280
b)	§ 904 S. 2 BGB .....	283
c)	§ 278 BGB .....	284
d)	Die Organhaftung nach § 31 BGB .....	289
e)	Die offengelassene Frage nach der Haftung des Auftraggebers .....	289
f)	Die haftungsverschärfende Seite als Reflex der haftungsmildernden Seite .....	292
g)	Zwischenergebnis .....	292
V.	Die Voraussetzungen des Utilitätsprinzips im geltenden Recht .....	293
1.	Unentgeltlichkeit .....	294
a)	Konkretisierung der Unentgeltlichkeit durch Erkenntnisse aus der Altruismus-Forschung? .....	294
aa)	Altruismus in der (Sozial-)Psychologie .....	295
bb)	Altruismus in der Ökonomie .....	298
cc)	Altruismus in der Evolutionsbiologie .....	300
dd)	Die Bedeutung für die Unentgeltlichkeit des geltenden Rechts .....	302
b)	Die allgemeinen Grundsätze der Unentgeltlichkeit im geltenden Recht .....	303
aa)	Vorab: Ein schuldrechtlicher Begriff der Unentgeltlichkeit .....	303
bb)	Unentgeltlichkeit ohne altruistische Motivation .....	304
cc)	Allgemeines zur Abgrenzung von Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit .....	307
c)	Beispiele für die Abgrenzung von Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit .....	315
aa)	Personenbezogene Daten als Entgelt .....	315
bb)	Das Trinkgeld .....	319
cc)	Werbegeschenke .....	321
2.	„Fremdnützigkeit“ und „besonderer Vorteil“ .....	322

3. Das Bestehen einer Sonderverbindung	323
4. Ausschluss des Utilitätsprinzips in der professionellen Sphäre?	324
VI. Zwischenergebnis	325
<i>B. Das Utilitätsprinzip und die Abstufung des Haftungsmaßstabs</i>	326
I. Die haftungsmildernde Seite des Utilitätsprinzips	326
1. Die Haftung eines Gefälligen	326
a) Anwendung der §§ 521, 599, 690 BGB auf Schutzpflichtverletzungen	328
b) Die Übertragung auf das Deliktsrecht	330
c) Die Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	331
d) Das Bestehen einer Versicherung als Gegenargument zur Haftungserleichterung für den Gefälligen	334
aa) Der Grundsatz: Das Trennungsprinzip	335
bb) Das Trennungsprinzip in Beispielen	337
cc) Die erste Ausnahme: Der Verweis auf „Billigkeit“	338
(1) § 829 BGB	340
(2) § 253 Abs. 2 BGB	343
dd) Die zweite Ausnahme: Treu und Glauben	346
ee) Zwischenergebnis	347
e) Die Haftung nach dem StVG	347
f) Zwischenergebnis	348
2. Der Haftungsmaßstab im vorvertraglichen Stadium	349
3. Der Haftungsmaßstab bei unentgeltlicher Dienstleistung	350
4. Auslobung und Haftungsmaßstab	351
5. Haftungsmaßstab bei zinslosem Darlehen	352
6. Die Haftung für unentgeltliche Auskunft	355
7. Die Haftung des Erben und des unentgeltlich handelnden Testamentsvollstreckers	358
8. Die Haftung des unentgeltlichen GmbH-Geschäftsführers	359
9. Die Haftung des GbR-Gesellschafters bei unentgeltlichem Handeln zugunsten der Gesellschaft	363
10. Die Haftung bei aufgedrängtem Tätigwerden durch den unentgeltlich Handelnden	364
11. Vorherige Vertragsverletzungen des unentgeltlich Handelnden	365
II. Die haftungverschärfende Seite des Utilitätsprinzips	365
1. Die verschuldensunabhängige Haftung des Geschäftsherrn	365
2. Die verschuldensunabhängige Haftung des Entleihers	370
3. Die verschuldensunabhängige Haftung des Hinterlegers	374
4. Die haftungverschärfende Wirkung des Utilitätsprinzips und die Haftung für Erfüllungsgehilfen	376
a) Der Lieferant des Verkäufers als Erfüllungsgehilfe?	376
b) Die Haftung für Maschinenfehler	378

<i>C. Das Utilitätsprinzip und die im Verkehr erforderliche Sorgfalt</i> . . . . .	381
I. Der objektive Fahrlässigkeitsmaßstab und der Einzelfall . . . . .	382
II. Die Berücksichtigung des Utilitätsprinzips im Rahmen des § 276 Abs. 2 BGB . . . . .	385
<i>D. Das Utilitätsprinzip und der Haftungsumfang</i> . . . . .	388
<i>E. Das Utilitätsprinzip und die Ermittlung eines privaten Willens</i> . . . . .	391
I. Allgemeines . . . . .	391
II. Der stillschweigende Haftungsausschluss . . . . .	396
1. Der stillschweigende Haftungsausschluss bei der Haftung des Beauftragten . . . . .	397
a) Kein Verstoß gegen die gesetzliche Haftung des Beauftragten . . . . .	397
b) Die Bedeutung des Utilitätsprinzips . . . . .	398
c) Versicherung und Versicherbarkeit . . . . .	399
2. Der stillschweigende Haftungsausschluss bei Gefälligkeit . . . . .	402
III. Die Auslegung des Leihvertrags bei der Haftung des Entleihers . . . . .	404
IV. Das Utilitätsprinzip und der Rechtsbindungswillen . . . . .	405
 Wesentliche Ergebnisse . . . . .	 407
 Literaturverzeichnis . . . . .	 419
 Sachregister . . . . .	 479

## Einleitung

Die Geschichte des Utilitätsprinzips scheint schnell erzählt: Nach dem Utilitätsprinzip bestimmt der Nutzen, den die Vertragsparteien aus einem Vertrag ziehen, den vertraglichen Haftungsmaßstab. Insbesondere haftet der fremdnützig Handelnde nicht für jede Fahrlässigkeit, sondern nur für grobe Fahrlässigkeit. Sowohl im römischen Recht als auch in der geschichtlichen Entwicklung nach Wiederentdeckung der Digesten war das Utilitätsprinzip zwar einflussreich, wurde aber vom BGB-Gesetzgeber abgelehnt<sup>1</sup> und ist daher heute nicht mehr von Bedeutung.

Legt man diese Geschichte des Utilitätsprinzips zugrunde, kann nicht verwundern, dass es in Untersuchungen zum geltenden Recht nur – wenn überhaupt – beiläufig erwähnt wird.<sup>2</sup> Zweifel an der Geschichte weckt aber bereits ein Blick in die Systematik des BGB. Bei drei der vier typisierten unentgeltlichen Verträge haftet der unentgeltlich Handelnde weniger streng: Der Schenker haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit (§ 521 BGB), für Mängel grundsätzlich sogar nur bei Arglist (§ 524 Abs. 1 BGB). Genauso muss der Verleiher im Allgemeinen nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit einstehen (§ 599 BGB) und für Mängel, wenn er arglistig handelt (§ 600 BGB). Der unentgeltliche Verwahrer muss – anders als der entgeltliche Verwahrer – lediglich die ihm eigenübliche Sorgfalt beobachten (§ 690 BGB).

Alle diese Regelungen für unentgeltliche Verträge legen nahe, dass tendenziell derjenige weniger streng haftet, der unentgeltlich leistet. Lediglich beim Auftrag findet sich keine Haftungserleichterung für den Beauftragten. Wenn aber der Gesetzgeber bei drei der vier ausführlich geregelten, unentgeltlichen Verträge demjenigen, der unentgeltlich handelt, eine Haftungsmilderung gewährt, stellt sich die Frage, ob hinter diesen Haftungsmilderungen nicht eine übergreifende Wertung steht, die auch in Fällen herangezogen werden kann, die der Gesetzgeber nicht geregelt hat.

---

<sup>1</sup> Vgl. Mugdan II, 15 = Motive II, 27 und zu der vermeintlichen Ablehnung ausführlich S. 264 ff.

<sup>2</sup> Vgl. bspw. *Hoffmann*, AcP 167 (1967), 394, 405; *Schmidt-Kessel/Grimm*, ZfPW 2017, 84, 100; *Medicus/Lorenz*, Schuldrecht II BT, § 1 Rn. 5 f., § 21 Rn. 11, § 46 Rn. 11; *BeckOGK/Lohsse*, § 599 BGB Rn. 2; größere Bedeutung nur nach *Mansel*, GS Lüderitz, 487, 501 ff. Vgl. zum Forschungsstand noch S. 15 ff.

Diese Frage kann man verallgemeinern, indem man fragt, ob das geltende Recht ein Prinzip kennt, nach welchem sich der Haftungsmaßstab nach dem jeweiligen Nutzen richtet, den die Parteien aus einem Vorgang ziehen. Gegen eine solche allgemeine Bedeutung des Nutzens werden zwei Argumente angeführt: Zum einen spreche die strenge Haftung des Beauftragten gegen eine aus der Unentgeltlichkeit abzuleitende Haftungsmilderung und damit gegen das Utilitätsprinzip.<sup>3</sup> Zum anderen sei das Utilitätsprinzip in den Motiven zum BGB abgelehnt worden.<sup>4</sup>

Diese beiden Gegenargumente können nur dann richtig eingeordnet werden, wenn man das BGB in seinem historischen Kontext betrachtet. Es wird sich nämlich zeigen, dass sich bei der Beauftragtenhaftung andere Argumente gegen das Utilitätsprinzip durchgesetzt haben. Dass sich in manchen Fragen des Haftungsrechts andere Argumente durchsetzen, spricht jedoch nicht gegen eine Bedeutung des Utilitätsprinzips im geltenden Recht. Die Bedeutung anderer Argumente zeigt nur, dass das Utilitätsprinzip nicht das einzige Argument ist, welches Haftungsfragen im geltenden Recht beeinflusst.

Ähnliches gilt für das zweite Gegenargument. Die scheinbare Ablehnung des Utilitätsprinzips in den Motiven betrifft lediglich eine bestimmte Formulierung des Prinzips. In vielen deutschsprachigen Kodifikationen aus dem 18. und 19. Jahrhundert war das Utilitätsprinzip in einer allgemeinen Norm aufgegangen, nach welcher sich der Haftungsmaßstab generell nach dem jeweiligen Nutzen richtete.<sup>5</sup> Eine solche Norm in das BGB aufzunehmen, wurde in den Motiven abgelehnt. Das bedeutet aber nicht, dass jede Gestalt des Utilitätsprinzips abgelehnt wurde und dass man es daher nicht zur Auslegung und Fortbildung des geltenden Rechts verwenden könnte. Wie die Ausführungen zur historischen Entwicklung des Utilitätsprinzips und seiner Bedeutung in ausländischen Rechtsordnungen zeigen, kann es in unterschiedlichen normativen Kontexten verschiedene Formen annehmen. Deshalb darf man sich bei seiner Untersuchung nicht auf die Form beschränken, die es in den deutschsprachigen Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts angenommen hatte. Man muss für das geltende Recht fragen, ob dieses irgendeine Form des Utilitätsprinzips kennt.

Die verschiedenen Formulierungen des Utilitätsprinzips stellen die Untersuchung des Prinzips vor eine Herausforderung. Da es in unterschiedlichen Gestalten auftreten kann und daher für die jeweilige Rechtsordnung konkretisiert werden muss, bleibt jede rechtsordnungsübergreifende Definition eine bloße Annäherung. Diese stimmt nicht in jedem Punkt mit der konkretisierten Version des Utilitätsprinzips überein, die im dritten Abschnitt dieser Untersuchung für das geltende deutsche Recht herausgearbeitet wird.<sup>6</sup> Gleichwohl bleibt eine rechtsordnungsübergreifende Annäherung an das Utilitätsprinzip sinnvoll (hierzu so-

---

<sup>3</sup> Hierzu S. 267 ff.

<sup>4</sup> Hierzu S. 264 ff.; für die Stelle in den Motiven vgl. Mugdan II, 15 = Motive II, 27.

<sup>5</sup> Vgl. S. 86 ff.

<sup>6</sup> Hierzu insb. S. 250 ff.

gleich unter Einleitung.A.). Sie hilft nicht nur, das Prinzip in historischen<sup>7</sup> und ausländischen<sup>8</sup> Rechtssystemen zu untersuchen. Die rechtsordnungsunabhängige Annäherung schafft gleichzeitig einen möglichst weiten Blickwinkel. Dieser ermöglicht es insbesondere, die Wirkungen des Utilitätsprinzips nicht auf diejenigen zu beschränken, die mit ihm in der deutschen Diskussion verbunden werden. Das Utilitätsprinzip führt nämlich nicht nur dazu, dass der Fremdnützte nicht für jede Fahrlässigkeit haftet. Wie die Ausführungen zu anderen Rechtsordnungen zeigen, kann das Utilitätsprinzip ganz verschiedene Wirkungen haben. So wird es in manchen Rechten eingesetzt, um die „im Verkehr erforderliche Sorgfalt“ zu konkretisieren. Es kann zudem den Haftungsumfang und die Auslegung von Willenserklärungen beeinflussen.

Der weite Blickwinkel einer rechtsordnungsübergreifenden Annäherung legt ferner nahe, die Untersuchung des Utilitätsprinzips nicht von dem Begriff der *utilitas* im Sinne von „Nutzen“ abhängig zu machen. Entscheidend kann nämlich nicht der Begriff sein, den man zur Umschreibung gebraucht. Entscheidend ist vielmehr der hinter dem Prinzip stehende Grundgedanke: Wer einen Nutzen aus einem Vorgang zieht, soll strenger haften als der, der keinen Nutzen aus einem Vorgang zieht. Man kann denselben Gedanken zum Ausdruck bringen, wenn man von einem einseitigen „Vorteil“ spricht oder auf ein einseitiges „Interesse“ verweist. Daher können Argumente bzw. Prinzipien in das Utilitätsprinzip integriert werden, wenn sie in der Sache dasselbe Argument beschreiben. Das betrifft insbesondere den „Vorteil-Nachteil-Zusammenhang“, das „Interesseprinzip“ und die „Risikohaftung bei Tätigkeit in fremdem Interesse“. All diese dogmatischen Konstruktionen überschneiden sich nämlich teilweise mit dem Utilitätsprinzip (vgl. hierzu Einleitung.B.).

Rechtsordnungsübergreifend interessant ist zudem, dass auch andere Argumente neben dem Utilitätsprinzip häufig wiederkehren, wenn Fragen des Haftungsmaßstabs erörtert werden. Typische Beispiele für wiederkehrende Argumente bilden das „Vertrauensprinzip“, das „Verschuldensprinzip“, der „Versari-in-re-illicita-Gedanke“ und – in modernen Rechtssystemen – Argumente aus einer „Versicherung“ bzw. aus der „Versicherbarkeit“ (hierzu Einleitung.C.). Nur das Zusammenspiel verschiedener Argumente kann die einzelnen Haftungsmaßstäbe erklären. Das gilt sowohl für die verschiedenen historischen und ausländischen Rechtssysteme als auch für das geltende deutsche Recht.

Die Abgrenzung des Utilitätsprinzips von anderen Argumenten zur Bestimmung von Haftungsmaßstäben ist nicht die einzige Abgrenzung, der es einleitend bedarf. Der Begriff *utilitas* weckt Assoziationen, die nicht unbedingt mit dem Haftungsrecht in Verbindung stehen. Er suggeriert beispielsweise eine Nähe zum Utilitarismus und zur Ökonomischen Analyse des Rechts. Daneben wird er von Juristen auch in anderem Kontext herangezogen, insbesondere zur Erklärung der

---

<sup>7</sup> Hierzu der 1. Abschnitt, S. 18 ff.

<sup>8</sup> Hierzu der 2. Abschnitt, S. 106 ff.

geringeren Bindungskraft von unentgeltlichen Verträgen. Eine Abgrenzung des Utilitätsprinzips von anderen Assoziationen, die die *utilitas* aufwirft, ist daher notwendig (hierzu Einleitung.D.).

Die Einleitung schließt mit einem Überblick über den Forschungsstand (Einleitung.E.) sowie die Erkenntnisziele und den Gang der weiteren Untersuchung (Einleitung.F.).

## A. Eine Annäherung an das Utilitätsprinzip

Nähert man sich dem Utilitätsprinzip rechtsordnungsübergreifend, kann zunächst der bereits erwähnte Grundgedanke festgehalten werden: Wer einen Nutzen aus einem Vorgang zieht, soll strenger haften als der, der keinen Nutzen aus einem Vorgang zieht. Die rechtsordnungsübergreifende Annäherung an das Utilitätsprinzip beschreibt über diesen Grundgedanken hinaus die Möglichkeiten, wie der Zusammenhang von Nutzen und Haftung in den einzelnen Rechtsordnungen ausgestaltet sein kann. Die verschiedenen Ausprägungen dieses Zusammenhangs sind nämlich abhängig von der jeweiligen Rechtsordnung. So muss das römisch-rechtliche Utilitätsprinzip<sup>9</sup> nicht mit dem schweizerischen<sup>10</sup> deckungsgleich sein. Seine Voraussetzungen und Wirkungen können durchaus von Rechtsordnung zu Rechtsordnung variieren. Das liegt nicht nur daran, dass sich die Kriterien für die Herleitung und Verwendung von Prinzipien in den jeweiligen Rechtsordnungen unterscheiden können.<sup>11</sup> Die Voraussetzungen und Wirkungen des Utilitätsprinzips werden auch von den Haftungsregeln der verschiedenen Rechtsordnungen beeinflusst.

Zunächst kann man feststellen, dass die Ausgestaltung des Utilitätsprinzips davon abhängt, welche Haftungsmaßstäbe eine Rechtsordnung kennt. Der Begriff des Haftungsmaßstabs wird hier so verwendet, dass er nicht nur alle Verschuldensformen, sondern auch die Haftung ohne Verschulden meint. Eine Haftung ohne Verschulden kann nämlich potenziell ebenfalls auf einem einseitigen oder einem besonders großen Nutzen des verschuldensunabhängig Haftenden beruhen.<sup>12</sup>

Je nachdem, welche (bzw. wie viele) Haftungsmaßstäbe eine Rechtsordnung kennt, nimmt das Utilitätsprinzip eine bestimmte Form an.<sup>13</sup> Ein erstes Beispiel bildet eine Rechtsordnung, die zwei Fahrlässigkeitsformen kennt, eine „einfache“ und eine „grobe“ Fahrlässigkeit. Wenn der fremdnützig Handelnde systematisch

<sup>9</sup> Hierzu insb. S. 84 ff.

<sup>10</sup> Hierzu S. 108 ff.

<sup>11</sup> Vgl. insb. S. 181 ff.

<sup>12</sup> Vgl. für das deutsche Recht insb. S. 275 ff.

<sup>13</sup> Manche sprechen in der Sache gleichbedeutend davon, dass das Utilitätsprinzip verschiedene „Teile“ haben kann, vgl. insb. *Nörr*, SZ 73 (1956), 68, insb. 100, 104; *Hoffmann*, AcP 167 (1967), 394, 405 (Fn. 63).

nur für „grobe“ Fahrlässigkeit haftet, dann würde das Utilitätsprinzip in dieser Rechtsordnung so wirken, dass es den Fremdnützigen einem Haftungsmaßstab unterwirft, der zu einer milderer Haftung führt.

In einer zweiten Beispielsrechtsordnung haftet nicht nur der Fremdnützigem milder, sondern es unterliegt auch derjenige, für den der Vertrag einseitig vorteilhaft ist, einem strengeren Haftungsmaßstab als bei einem Vertrag, der für beide Seiten vorteilhaft ist. In diesem Fall muss die Rechtsordnung mindestens drei Haftungsmaßstäbe kennen. Beispielsweise haftet der Fremdnützigem dann nur für „grobe“ Fahrlässigkeit, die Parteien bei einem beiden Seiten nutzenden Vertrag jeweils für „einfache“ Fahrlässigkeit und eine Partei, zu deren einseitigen Nutzen gehandelt wird, verschuldensunabhängig. In einer solchen Rechtsordnung könnte das Utilitätsprinzip (wiederum beispielsweise) dazu führen, dass der Verleiher nur für grobe Fahrlässigkeit haftet, der Mieter und der Vermieter je für einfache Fahrlässigkeit und der Entleiher verschuldensunabhängig.

Interessant ist ferner, dass das Utilitätsprinzip nicht zwingend zu einer solchen Abstufung im Sinne der Entscheidung zwischen verschiedenen Haftungsmaßstäben führen muss. Zum einen kann es auch dann in einer Rechtsordnung wirken, wenn diese Rechtsordnung nur eine einzige Fahrlässigkeitsform kennt. In diesem Fall werden die Sorgfaltspflichten bei der Konkretisierung der einen Fahrlässigkeitsform (auch) davon beeinflusst, wer den Nutzen aus einem Vorgang zieht.<sup>14</sup> Zum anderen ist das Utilitätsprinzip nicht einmal auf die haftungsbegründende Seite zu beschränken. Der unterschiedliche Nutzen kann ebenso bei der Bestimmung des Haftungsumfangs berücksichtigt werden.

Möglich ist auch, dass eine Rechtsordnung verschiedene Wirkungen des Utilitätsprinzips kombiniert. Eine Rechtsordnung kann beispielsweise für manche Verträge eine Abstufung des Haftungsmaßstabs vorsehen, für andere die Berücksichtigung des jeweiligen Nutzens bei der Bestimmung von Sorgfaltspflichten und für wieder andere den Haftungsumfang beschränken.

Neben den verschiedenen Formen, die das Utilitätsprinzip annehmen kann, bestimmt die jeweilige Rechtsordnung auch den „Nutzen“ im Sinne des Utilitätsprinzips. Eine erste Konkretisierung des „Nutzens“ findet allerdings rechtsordnungsübergreifend dadurch statt, dass es bei dem hier untersuchten Utilitätsprinzip nicht um den „Nutzen“ als solchen geht, sondern nur um seine Verbindung zur zivilrechtlichen Haftung. Das schließt aus dem Nutzenbegriff im Sinne des Utilitätsprinzips bereits einiges von dem aus, was man mit dem „Nutzen“ bzw. der „utilitas“ unabhängig von der zivilrechtlichen Haftung assoziieren mag (hierzu unter Einleitung.D.).

Ähnliches gilt für den zweiten Begriffsteil des Utilitätsprinzips, das „Prinzip“. Trotz der unbestrittenen Bedeutung von Prinzipien für die Auslegung und Fortbildung des geltenden Privatrechts ist eine exakte Definition schwierig. Das liegt

---

<sup>14</sup> Vgl. hierfür insb. das heutige englische Recht, S. 154 ff., und das deutsche Recht, S. 381 ff.

sicher auch an einer sehr unterschiedlichen Verwendung des Begriffs. So werden Prinzipien in der Privatrechtswissenschaft häufig als mehr oder weniger untechnische Beschreibung eines grundlegenden bzw. besonders wichtigen Gedankens des geltenden Privatrechts gebraucht.<sup>15</sup> Demgegenüber wird der Prinzipienbegriff in der Rechtstheorie von vielen deutlich technischer verstanden. Demnach sollen sich Prinzipien im Gegensatz zu Regeln insbesondere dadurch auszeichnen, dass unter Prinzipien nicht subsumiert werden kann, sondern dass sie mit anderen Prinzipien abgewogen werden müssen, um über diesen Abwägungsvorgang eine Regel zu produzieren.<sup>16</sup>

Das unterschiedliche Begriffsverständnis wirft die Frage auf, welches Verständnis für eine Untersuchung des Utilitätsprinzips zugrunde zu legen ist. Diese Frage bedarf aber bei einer rechtsordnungsübergreifenden Annäherung noch keiner Entscheidung. Eine solche Annäherung soll lediglich ermöglichen, den Zusammenhang von Nutzen und Haftung in historischen und ausländischen Rechten zu begreifen. Ob man für die jeweiligen Systeme tatsächlich davon sprechen kann, dass der Zusammenhang von Nutzen und Haftung den Rang der „Prinzipien“ dieser Systeme erreicht, ist nicht entscheidend. Vielmehr interessiert für die historischen und ausländischen Rechtsordnungen nur, ob und mit welcher Wirkung ein unterschiedlicher Nutzen die Haftung beeinflusst. Für diese Zwecke genügt eine Annäherung an den Prinzipienbegriff. Nach dieser Annäherung handelt es sich bei einem Prinzip um einen bedeutenden „weichen Maßstab“, der im Rahmen eines Abwägungsprozesses herangezogen wird.

Die verschiedenen Formen, in die das Utilitätsprinzip gegossen werden kann, führen dazu, dass das Wort selbst im Folgenden nicht stets dieselbe Bedeutung hat. Das Wort drückt zum einen rechtsordnungsübergreifend die Wertung eines Zusammenhangs von Nutzen und Haftung aus, zum anderen erfasst es aber auch die verschiedenen Ausprägungen des Utilitätsprinzips in den einzelnen analysierten Rechtsordnungen. An Stellen, an denen nicht aus dem Kontext eindeutig hervorgeht, welche Bedeutung gemeint ist, wird klargestellt, mit welcher Bedeutung das Wort eingesetzt wird.

## B. Das Verhältnis zu ähnlichen dogmatischen Konstruktionen

Das Utilitätsprinzip baut sprachlich auf der *utilitas* auf. Damit assoziiert man den „Nutzen“. Auf die Verwendung des Nutzen-Begriffs kann es aber nicht allein ankommen. Will man auf der Haftungsebene berücksichtigen, wer von einem Vorgang „profitiert“, dann kann es keinen Unterschied machen, ob man von einem einseitigen „Nutzen“, einem einseitigen „Vorteil“ oder einem einseitigen „Interesse“ spricht. Diese notwendige begriffliche Offenheit wirft die Frage auf,

---

<sup>15</sup> Vgl. statt vieler Staudinger/*Honsell*, Einl. BGB Rn. 68 ff.

<sup>16</sup> Insb. S. 182 ff.

ob sich nicht andere dogmatische Konstruktionen teilweise mit dem Utilitätsprinzip überschneiden. Diese Frage betrifft insbesondere den „Vorteil-Nachteil-Zusammenhang“, das „Interesseprinzip“ und die „Risikohaftung bei Handeln in fremdem Interesse“.

### I. Der „Vorteil-Nachteil-Zusammenhang“

Paul. 3 ad Sab., D. 50, 17, 10:

„Secundum naturam est commoda cuiusque rei eum sequi, quem sequentur incommoda.“

„Es ist der Natur gemäß, dass die Vorteile einer jeden Sache dem gehören, welchem der Nachteil gehört.“<sup>17</sup>

*Paulus* drückt hier in der Sache den allgemeinen Vorteil-Nachteil-Zusammenhang aus. Genau genommen ordnet zwar D. 50, 17, 10 nur den Vorteil demjenigen zu, der auch den Nachteil hat. Wie viele Stellen der nachfolgenden Ausführungen zeigen, wird der Vorteil-Nachteil-Zusammenhang über D. 50, 17, 10 hinaus aber oft auch dazu gebraucht, den Haftungsmaßstab zu modifizieren, wenn nur eine Partei den Vorteil aus einem Vorgang hat.<sup>18</sup>

Wenn der Vorteil-Nachteil-Zusammenhang als Begründung für eine Haftungsmodifikation eingesetzt wird, dann fällt diese Begründung in der Sache mit dem Utilitätsprinzip zusammen.<sup>19</sup> Der Haftungsmaßstab wird in beiden Fällen danach bestimmt, wer den Nutzen bzw. den Vorteil aus dem Vorgang hat. Dass man dieses Vorgehen mit dem Begriff des Utilitätsprinzips und nicht mit einem Zusammenhang von Vorteil und Nachteil beschreibt, ist selbstverständlich nicht logisch zwingend. Die Verwendung des Utilitätsprinzips bietet sich aber an, weil es sich – zumindest nach dem hier zugrunde gelegten Verständnis – nur auf die zivilrechtliche Haftung bezieht. Dadurch wird das Utilitätsprinzip zu einem deutlich konkreteren Begriff als der Vorteil-Nachteil-Zusammenhang. Dieser wird nämlich auch in ganz anderem Kontext genutzt. Auf ihn stützt beispielsweise *Wendehorst* ihr „Statikprinzip“.<sup>20</sup> Nach *Florstedt* steht der Vorteil-Nachteil-Zu-

<sup>17</sup> Übersetzung nach *Otto/Schilling/Sintenis/Schneider*, *Corpus Iuris Civilis*, Bd. 4.

<sup>18</sup> Vgl. hier nur bspw. *Fitz*, Risikozurechnung bei Tätigkeit im fremden Interesse, 50 („Vorteil und Schaden“, dort auch im Zusammenhang mit dem „Interesseprinzip“, hierzu sogleich); *Hesemann*, Das Verhältnis von Interesse und Gefährdung zur Haftung, 6 (aber ebd. im Ergebnis gegen ein solches Haftungsprinzip, weil „dem Richter unmöglich ist, eine Entscheidung darüber zu treffen, in welchem Interesse die Sache stand oder die Haftung vor sich ging, um die richtige Beziehung zwischen *commodum* und *periculum* herzustellen“).

<sup>19</sup> Für den Zusammenhang von „Vorteil-Nachteil-Gedanken“ und dem Utilitätsprinzip vgl. bspw. *Mansel*, GS Lüderitz, 487, 502; in der Sache wohl auch *Nörr*, SZ 75 (1956), 68, 89, dem zufolge das Utilitätsprinzip eine „gewisse Verwandtschaft“ mit dem Zusammenhang zwischen *commodum* und *periculum* habe. *Honsell*, FS Lübtow, 485, 486 f., nennt den Vorteil-Nachteil-Zusammenhang und meint, dass er dasselbe aussage wie das „Utilitätsprinzip der Römer“, das aber auf das Vertragsrecht beschränkt sei.

<sup>20</sup> Zur Herleitung des Prinzips und der Verbindung zum Vorteil-Nachteil-Zusammenhang

sammenhang im Kontext von „Symmetrie im Recht“.<sup>21</sup> Daneben wird der Zusammenhang häufig für Fragen der Gefahrtragung eingesetzt<sup>22</sup> oder bei Begründung der Herausgabepflicht für das stellvertretende *commodum*.<sup>23</sup> All diese Fälle haben keinen Bezug zum Haftungskontext.

## II. Das „Interesseprinzip“

„Eigenes Interesse, eigene Gefahr; fremdes Interesse, fremde Gefahr.“<sup>24</sup> Auf diese Weise lässt sich – sicher ein wenig vergrößernd – ein zweiter Gedanke zusammenfassen, der sich in Teilen mit dem Utilitätsprinzip überschneidet. Erster Anhaltspunkt für eine inhaltliche Überschneidung ist, dass *utilitas* teilweise auch mit „Interesse“ übersetzt wird.<sup>25</sup> Der begrifflichen Überschneidung entspricht eine Überschneidung in der Sache. Viele wollen an ein Handeln in fremdem Interesse

---

*Wendehorst*, Anspruch und Ausgleich, insb. 500 ff. Nach dem Statikprinzip zielen „Ausgleichsschuldverhältnisse immer auf möglichst vollständige Störungsbeseitigung“ ab, ebd. 40. Ein Ausgleich von „Reststörungen“ finde aber nur dann statt, „wenn und soweit dadurch ein Restvorteil des einen Beteiligten mit einem korrespondierenden Restnachteil des anderen Beteiligten zum Ausgleich gebracht wird,“ ebd., 623.

<sup>21</sup> *Florstedt*, Recht als Symmetrie, *passim*, insb. 5 ff., 7 (Fn. 29).

<sup>22</sup> *Florstedt*, Recht als Symmetrie, 243 ff.; *Bauer*, Periculum emptoris, bspw. 68 ff.; *Schwind*, Römisches Recht I, 316 f.; *Kreller*, Römisches Recht, 354. Fragen der Gefahrtragung sind zwar nahe am Kontext der „Haftung“, fallen aber nicht mit der Frage zusammen. Fragen der Gefahrtragung stellen sich nämlich erst, wenn niemand für den Schaden einzutreten hat, bspw. *Hager*, Die Gefahrtragung beim Kauf, 35; vgl. ebenfalls (in Teilen kritisch) *Schmidt-Kessel*, Standards vertraglicher Haftung nach englischem Recht, 377 ff., 382.

<sup>23</sup> Bspw. *Helms*, Gewinnherausgabe, 311 ff.; *Wieczorek*, Die Erlösherausgabe bei § 281 BGB, 38 ff.; vgl. auch *HKK/Schermaier*, §§ 280–285 BGB Rn. 79 ff.; *Ulrich*, Doppelverkauf und stellvertretendes Commodum, 122 ff.

<sup>24</sup> Vgl. *Unger*, Jherings Jahrbücher 33 (1894), 299, 359. Zum Interesseprinzip allgemein bspw. *Merkel*, Die Kollision rechtmäßiger Interessen und die Schadensersatzpflicht bei rechtmäßigen Handlungen, 144 ff.; *Müller-Erzbach*, AcP 106 (1910), 309, insb. 338, 455 ff.; vgl. ferner *Genius*, AcP 173 (1973), 481, 520 ff. (dort auch mit Bezügen zu dem sogleich behandelten verwandten Gedanken der „Risikohaftung“); dazu auch *Wilburg*, Elemente des Schadensrechts, 10 ff.; kritisch in dem Sinne, dass er das Interesseprinzip als *einziges* Prinzip des Schadensrechts ablehnt, *M. Rümelin*, Die Gründe der Schadenszurechnung, 34, vgl. auch 33, 36; kritisch auch *G. Rümelin*, AcP 88 (1898), 285, 293 f. (auch wenn das Interesseprinzip *G. Rümelin* [ebd.] zufolge einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt – zudem ist zu beachten, dass *G. Rümelin* den Interessgedanken noch von dem der „Gefährdung“ trennt, vgl. zu letzterem 295 f.). Für einen Gleichlauf mit „dem Utilitätsprinzip“ bspw. *Marton*, Verschuldensprinzip, Verursacherprinzip, 38 f. (Interesseprinzip als Teilaspekt); *Fitz*, Risikozurechnung bei Tätigkeit im fremden Interesse, 50; vgl. für einen Gleichlauf auch *Hildebrandt*, Die Grundlagen der Schadenshaftung, 12 ff. (Überschrift: Interesse, Text: Nutzen). Dieser Gleichlauf überrascht auch deswegen nicht, weil das Utilitätsprinzip mit einer Interessenwertung verbunden ist, so (in der Sache) *Nörr*, SZ 73 (1956), 68, insb. 115.

<sup>25</sup> Insb. *Heumann/Seckel*, Handlexikon zu den Quellen des römischen Rechts, s.v. „utilitas“; ferner bspw. *Klami*, „Mutua magis videtur quam deposita“, 163.

Folgen für den Haftungsmaßstab knüpfen.<sup>26</sup> Wie bei dem Zusammenhang von Vorteil und Nachteil bietet es sich für das Interesseprinzip an, dieses im Kontext des Haftungsrechts in das Utilitätsprinzip einzugliedern. Das Utilitätsprinzip ist gegenüber dem Interesseprinzip für das Haftungsrecht wiederum spezieller, weil der Begriff „Interesse“ in der zivilrechtlichen Literatur vielfältig eingesetzt wird.<sup>27</sup> Als Beispiel hierfür soll nur die allgemeine Verwendung des „Interesses“ im Rahmen der „Interessenjurisprudenz“ dienen.<sup>28</sup>

### III. Die „Risikohaftung bei Tätigkeit in fremdem Interesse“

Die von *Canaris*<sup>29</sup> und *A. Huber*<sup>30</sup> entwickelte „Risikohaftung“ (bei Tätigkeit in fremdem Interesse<sup>31</sup>) ist anders als der Vorteil-Nachteil-Zusammenhang und das Interesseprinzip nur auf das Haftungsrecht bezogen.<sup>32</sup> Bei der Risikohaftung soll es sich nach *Canaris* um den „[Unterfall] eines übergeordneten Prinzips der Risikozurechnung an den [handeln], der den Vorteil aus dem Risiko zieht“.<sup>33</sup> Die Risikohaftung steht daher wie das Utilitätsprinzip unter dem Zeichen der „Fremdnützigkeit“. Weil ein Geschäftsführer für einen Geschäftsherrn – beides weit verstanden – handelt, soll der aus dieser Geschäftsführung entstandene

---

<sup>26</sup> *Müller-Erbach*, AcP 106 (1910), 309, 338, 455 ff.; *ders.*, AcP 109 (1912), 1, 37 ff. (hier wird die Abstufung nach dem „Interesse“ oder nach der „Interessenlage“ im römischen Recht als Inhalt des Utilitätsprinzips beschrieben), 103 ff.; *Merkel*, Die Kollision rechtmäßiger Interessen und die Schadensersatzpflicht bei rechtmäßigen Handlungen, 160; *Fitz*, Risikozurechnung bei Tätigkeit im fremden Interesse, 50; *Kuhlenbeck*, Von den Pandekten zum bürgerlichen Gesetzbuch II, 48 ff.; *Marton*, AcP 162 (1963), 1, bspw. 5, 67 ff. Für eine synonyme Verwendung von Interesse, Vorteil und Nutzen auch *Veronese*, L'utilitas contrahentium nei contratti reali gratuiti in diritto romano classico, 6.

<sup>27</sup> Vgl. bspw. *Marton*, AcP 162 (1963), 1 (allerdings verwendet *Marton* dort auch den Begriff des Utilitätsprinzips in einem sehr weiten, wohl *Benthamschen* Sinne und nicht in dem Sinne, wie es hier verstanden wird); ebenso *ders.*, Verschuldensprinzip, Verursacherprinzip, 38 ff.

<sup>28</sup> Hierzu S. 225 ff.

<sup>29</sup> *Canaris*, RdA 1966, 41.

<sup>30</sup> *Huber*, Die Haftung des Geschäftsherrn, 49 ff.

<sup>31</sup> Vgl. mit diesem Zusatz *Canaris*, RdA 1966, 41, 43, 45, 49 (allerdings in der Formulierung des Prinzips im Text ohne den weiteren Zusatz „schadensgeneigt“ aus der Überschrift des Aufsatzes, der nur für die Arbeitnehmerhaftung passt [bei der Arbeitnehmerhaftung wurde zu diesem Zeitpunkt eine Haftungserleichterung nur bei schadensgeneigter Tätigkeit gewährt; zu den Grundsätzen der Arbeitnehmerhaftung näher S. 258 ff.]).

<sup>32</sup> Neben *Canaris* und *Huber* zu diesem Prinzip bspw. *Genius*, AcP 173 (1973), 481, insb. 521 ff. Zur Risikohaftung im österreichischen Recht *Oberhofer*, JBl 1995, 217.

<sup>33</sup> *Canaris*, RdA 1966, 41, 43.

Schaden im Grundsatz auch den Geschäftsherrn treffen.<sup>34</sup> Das wirft die Frage auf, in welchem Verhältnis Risikohaftung und Utilitätsprinzip stehen.<sup>35</sup>

### C. Argumente, die neben dem Nutzen für die Bestimmung der Haftungsmaßstäbe von Bedeutung sind

Sowohl Gesetzgeber als auch Gerichte können vor der Aufgabe stehen, einen Haftungsmaßstab zu bestimmen. Für die Gerichte ist diese Aufgabe einfach, wenn der Gesetzgeber einer Haftungskonstellation bereits einen Haftungsmaßstab zugeordnet hat. Dann wendet das Gericht lediglich den vorgegebenen Haftungsmaßstab an. Schwieriger wird die Aufgabe, wenn eine ausdrückliche Regelung fehlt. In diesem Fall greifen Gerichte häufig – wie der Gesetzgeber, wenn er einen Haftungsmaßstab bestimmt – auf grundlegende Wertungen zurück. Dabei verweisen Gerichte und Gesetzgeber aber nicht nur auf „Nutzen“, „Vorteil“ oder „Interesse“. Oft werden andere Erwägungen einbezogen. Es bietet sich an, einige typische „Mit-“ und „Gegenspieler“ bereits an dieser Stelle kurz vorzustellen.

#### I. Das Vertrauensprinzip

Das wichtigste Argument gegen die *haftungsmildernde* Seite des Utilitätsprinzips bildet heute das „Vertrauensprinzip“. Oft wird der Haftungsmaßstab des fremdnützig Handelnden deswegen nicht gemildert, weil dieser ein berechtigtes Vertrauen geschaffen hat, dass er „sorgfältig“ handeln wird. Besondere Bedeutung hat dieses Argument für die Haftung des Beauftragten.<sup>36</sup> Im geltenden Recht verhindert das Argument aber auch in vielen anderen Fällen die Haftungsmilderung auf Grundlage des Utilitätsprinzips, beispielsweise beim unentgeltlichen Auskunftsvertrag.<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Für die Begründung der Risikohaftung mit der Fremdnützigkeit (neben Unentgeltlichkeit oder Vorteil des Geschäftsherrn) vgl. A. Huber, Die Haftung des Geschäftsherrn, 50 ff., insb. 52 ff.; Fitz, Risikozurechnung bei Tätigkeit im fremden Interesse, 50 (ebenfalls ausdrücklich Bezug zum Utilitätsprinzip); Soergel/Beuthien, § 670 BGB Rn. 20; begründend mit dem insofern gleichbedeutenden Vorteil-Risiko-Zusammenhang *Canaris*, RdA 1966, 41, insb. 43; *Larenz*, JuS 1965, 373, 375; in der Sache („Vorteil-Nachteil-Prinzip“) auch *Hübner*, Schadenszurechnung nach Risikosphären, 107. Neben den Vertretern dieser Ansicht für dieselbe Einschätzung wie hier *Benkendorff*, Schmerzensgeld außerhalb des Schadensersatzrechts, 19.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu insb. S. 258 ff. und S. 365 ff.

<sup>36</sup> Vgl. insb. S. 267 ff.

<sup>37</sup> Vgl. für den potenziellen Einfluss der haftungsmildernden Seite des Utilitätsprinzips auf die Haftungsmaßstäbe des geltenden Rechts S. 326 ff., und dort S. 355 ff. für die unentgeltliche Auskunft.

## Sachregister

- actio de dolo*, 55 (Fn. 237), 70 f.
- Abwägung (s. Argumente, Prinzipien und Utilitätsprinzip)
- aequitas*, 59 (Fn. 257), 60 (Fn. 264), 103
- Altruismus, 118, 170 ff., 250 (Fn. 429), 294 ff., 306 f., 352
- Altruistische Motivation, 295 ff., 302, 304 f., 321
  - „Impure altruism“, 300
  - Reiner Altruismus, 295 ff., 302, 306 (Fn. 709)
  - Reziprozität, 296, 298, 301, 303
  - „Warm glow“, 296 (Fn. 647), 300, 302
- Allgemeines Lebensrisiko, 69, 291, 329, 370
- Allgemeines Preußisches Landrecht (s. deutschsprachige Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts)
- amicitia*, 40, 63
- Amtspflichten, 338 (Fn. 898)
- Analogie, 326 ff., 332, 368 ff., 378 ff. (s.a. Gesetzesanalogie und Gesamtanalogie)
- Anspruchskonkurrenz, 170 (Fn. 462), 171 (Fn. 465), 327, 330 f.
- Anreiz, 254 ff., 305 f., 359 (m. Fn. 1029), 362, 364, 385, 412
- Arglist, 112 f., 117, 253, 354, 389, 415 f.
- Argumente
- Abwägung, 2 f., 189, 196 ff., 232 f., 376
  - Anforderungen des geltenden Rechts, 18, 200 ff., 273 f., 302, 334, 410 f.
  - Ökonomische, 212
  - Rechtspolitische, 201 f., 212, 224 (Fn. 241), 229 f.
  - Rechtsvergleichende, 214, 218 ff.
- Arbeitsvertrag
- Abgrenzung von Entgeltlichkeit und Unentgeltlichkeit, 261 f.
  - Haftung des Arbeitnehmers, 9 (Fn. 31), 34, 210 (Fn. 164), 258 ff., 389 (Fn. 1202)
  - Risikohaftung, 269 f., 369
- assumption of responsibility*, 169 (Fn. 460)
- Aufklärungspflicht, 50 (Fn. 207), 246 (Fn. 407), 350
- Aufsicht, 117, 337
- Auftrag, 132, 166 (Fn. 441), 350 f. (m. Fn. 971), 357, 359, 414
- Fremdnützigkeit, 304 f., 322
  - Haftung des Auftraggebers, 41 f., 67 ff., 111, 117 f., 119, 126 f., 166, 274, 289 ff., 293, 365 ff., 413, 416
  - Haftung des Beauftragten, 1 f., 10, 16, 17, 39 (Fn. 144), 40 (m. Fn. 151), 55 ff., 77 (Fn. 378), 88 f., 91 (Fn. 471), 93, 99 f., 107, 114 f., 116, 127, 140 f., 144, 153, 166, 170, 191, 216, 267 ff., 273, 327 (Fn. 837), 332 f., 350 (Fn. 974), 371, 374, 397 ff., 404 f., 408 f., 412
  - Unentgeltlichkeit, 57 f., 67, 115, 127, 141, 153, 154 (Fn. 350), 166, 290 f., 304 (m. Fn. 695), 313 (Fn. 765)
- Aufwendungen, 67, 256 (m. Fn. 461), 269, 289, 290 (Fn. 625), 309 f., 315, 291, 367 f., 375
- Ausgleich, 256 f. (m. Fn. 465), 269, 278, 286, 292 f., 305, 322, 329, 344 f., 349, 360, 362, 412
- Auskunft, 10, 55 (Fn. 237), 117, 169, 353, 355 ff., 415

- Auslegung
- Auslegung von Willenserklärungen, 3, 108, 181, 203, 231 f., 376, 391 ff., 411, 417
  - Auslegungselemente, 195 f., 198, 213 ff., 411
  - Verfassungskonforme, 194, 195 (Fn. 88), 214
- Auslobung, 351 f., 415
- Badisches Landrecht (s. deutschsprachige Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts)
- Bailment*, 129 ff., 145, 148 (Fn. 322), 155, 156 ff.
- Definition, 130
  - Kategorien, 131 ff.
  - *sui generis*, 129 f.
- Begriffskern und Begriffshof, 205
- Begründungspflicht, 200 (m. Fn. 106), 203, 222 (Fn. 230)
- beneficium*, 104 (Fn. 553)
- Bereicherungsrecht, 242 (Fn. 372), 277 (Fn. 563), 311 (Fn. 753)
- *money had and received*, 142
- Besitz, 45 (Fn. 175), 52, 130 (m. Fn. 170), 133, 158, 371
- Betriebsrisiko, 261 ff.
- Bewegliches System, 240 ff.
- Billigkeit, 107, 113, 118 ff., 257, 338 ff., 371, 372 (Fn. 1099), 374 f., 390, 394 f.
- Bindungswirkung unentgeltlicher Verträge, 4, 12, 408
- Bittleihe (s. *precarium*)
- Bürgschaft, 62, 64 f., 271 f.
- casum sentit dominus*, 119
- casus fortuitus*, 23, 2, 79, 90 (Fn. 470), 101 (Fn. 531)
- casus mixtus*, 118 f. (m. Fn. 86)
- cheapest cost avoider*, 328 (Fn. 839)
- cheapest insurer*, 15, 334 (Fn. 873), 402
- Code civil, 66 (Fn. 315), 96, 121 ff. (s.a. französisches Recht)
- Codice civile (s. italienisches Recht)
- Codex Maximilianus Bavaricus Civilis (s. deutschsprachige Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts)
- Codex Theresianus (s. deutschsprachige Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts)
- commodatum*, 44 ff., 54, 86 (Fn. 439, 440), 102, 104, 131
- commodum*, 8, 39 (Fn. 141), 83 (Fn. 424), 91 (Fn. 472), 94 (Fn. 491), 104
- common carrier*, 135 (Fn. 212), 140, 166
- common hoyman*, 140
- Common Law*, 91 (Fn. 471), 148, 157 (Fn. 367), 158, 164 (Fn. 416), 165, 167, 171, 173 ff. (m. Fn. 473), 177, 199 (Fn. 102), 334 (Fn. 873)
- Compensation Act 2006*, 170 (Fn. 463)
- consent*, 133
- consideration*, 128, 132 f., 143, 162
- Contra-proferentem-Auslegungsregel, 391 (Fn. 1214)
- Corpus Iuris Civilis*, 22 (Fn. 18), 24 f. (m. Fn. 41), 30 (Fn. 77), 59 (Fn. 257)
- culpa*, 44 f., 56 ff., 76 (Fn. 374), 78, 82, 85, 88, 101
- Unterscheidung zwischen *culpa* i.e.S. und i.w.S., 21
- culpa in concreto*, 96 (Fn. 510)
- culpa in contrahendo*, 76, 96 (Fn. 510), 332 (Fn. 859), 349 f., 414
- culpa lata*, 21, 33, 38, 51, 55 (Fn. 235), 59 ff., 64, 77 (Fn. 379), 78, 80, 82, 91, 93 (Fn. 482), 98, 103 (s.a. grobe Fahrlässigkeit)
- culpa latior*, 35 ff., 38 (Fn. 134)
- culpa latissima*, 35 ff.
- culpa levis*, 21, 33, 38, 41, 60 ff., 72 f., 74 f., 77, 79 f., 82 f., 91, 92 (Fn. 479), 96 (Fn. 506)
- culpa levior*, 35 f.
- culpa levissima*, 20, 22, 24 ff., 35, 37 (Fn. 130), 41, 43 f., 47, 49, 59 ff., 75, 80, 82, 86, 88, 91, 93, 95 ff., 100, 139, 162, 274, 276, 395 (Fn. 1235)
- custodia*, 21 (Fn. 9), 22 ff., 27, 33, 35, 38, 41, 43, 45, 47, 49, 69, 72 (Fn. 344), 74, 88, 370 (Fn. 1086)
- Darlehen, 90 (Fn. 467), 115, 253 f. (Fn. 447), 352 ff., 390, 415, 416 f.
- „0 %-Finanzierung“, 353 ff.
- Datenschutz, 318, 319 (Fn. 799)

*depositum* (s. Verwahrung)

Deutschsprachige Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts, 20, 33, 39 (Fn. 141, 143), 41, 44, , 46 (Fn. 183), 50, 51 (Fn. 209), 54, 65 ff., 71 (Fn. 338), 72 (Fn. 346), 75 (Fn. 367), 78 (Fn. 387), 79, 83, 94 ff., 100 (Fn. 524, 528), 101 f. (Fn. 531, 535)

Diebstahl, 23, 28 f., 31, 42 f., 50, 68 f.

— *actio furti*, 42 (m. Fn. 158)

Dienstvertrag, 73, 98, 131 f., 140, 166, 350 f., 354 (Fn. 997), 347, 414

Digitale-Inhalte-Richtlinie, 316 f., 319 (Fn. 799)

*diligentia quam in suis*, 21, 34 (Fn. 108), 36 (m. Fn. 36), 39 (m. Fn. 144), 66, 75 (Fn. 367), 76 f., 92 (Fn. 479), 98, 110 (Fn. 19), 115, 117, 125 f., 134 ff., 142, 145 f., 168 (Fn. 454, 455), 252, 263, 267 (Fn. 516), 270, 325, 333, 348, 363, 374 (Fn. 1118)

Dogmatik (s. Rechtsdogmatik), 198 ff.

*dolus*, 21, 28, 35 (m. Fn. 117), 38, 45 f., 51, 55 ff., 64, 70, 76 (Fn. 374), 78, 82, 85, 91, 98, 99 (Fn. 523), 101

Drohende Gefahr, 78 f., 116, 172 (Fn. 472), 254 f., 257, 268, 271

Eigennutz, 279, 288

Eigenübliche Sorgfalt (s. *diligentia quam in suis*)

Einzelfallgerechtigkeit, 152, 178, 338 f., 344

*emolumentum*, 104 (m. Fn. 554)

Englisches Recht, 108, 128 ff., 177, 409

Enumerationsprinzip, 281 f., 292, 413

Erbenhaftung, 81 ff., 105, 358, 409, 415

Ergänzende Vertragsauslegung, 232, 392 ff., 402 f.

Ermessen, 118, 244

Eviktion, 70 ff.

Evolutionsbiologie, 295 (m. Fn. 637), 300 f.

Fahrlässigkeit, 5, 18, 21

— Bedeutung des Einzelfalls, 382 ff.

— Gruppenzugehörigkeit, 147, 383

— Subjektive oder objektive Bestimmung, 29 (Fn. 65), 146, 175 (Fn. 488), 380, 382 f.

Feldvermesser, 103

Folgenberücksichtigung, 235 f. (m. Fn. 328)

Französisches Recht, 108, 121 ff., 151 ff., 177 f., 409 f.

*fraud*, 138 f., 141, 170 (Fn. 461)

Fremdnützigkeit, 9, 10 (Fn. 34), 37, 63 f. (Fn. 291), 71 f., 105, 107, 110, 149, 159, 172, 177 f., 248, 250 f., 255, 261 ff. (m. Fn. 488), 268, 274, 279, 283, 288, 294, 302 ff., 322 f., 325 f., 332, 349, 352, 364, 382, 385 (Fn. 1179), 390, 394, 398, 405, 413

Freundschaft (s. *amicitia*)

Fund, 254 f., 323

Garantiehftung, 284 (Fn. 597), 286

Gastwirthftung, 24, 26, 166, 275 (Fn. 554)

Gefährtragung, 8 (m. Fn. 22)

Gefälligkeit, 120, 271 f. (m. Fn. 540), 324, 386

— Gefälligkeitsfahrten, 117, 151, 268 (Fn. 517), 327 (Fn. 837), 347 f., 397

— Haftung des Gefälligen, 116 f., 326 ff., 397, 402 ff.

— Haftung desjenigen, zu dessen Gunsten eine Gefälligkeit erbracht wird, 120, 365 ff., 416

Gefährdungshaftung, 8 (Fn. 24), 15, 20, 35, 65 (Fn. 302), 274, 275 ff., 284 (Fn. 597), 287, 292, 323 f., 368 (Fn. 1077), 412 f.

— Haftungshöchstsummen, 111, 282, 389

Gehilfenhaftung, 23, 25 (Fn. 46), 159, 248, 274 f., 284 ff., 292, 323, 376 ff., 413, 416

Gemeinnützigkeit, 255 ff.

Generalklauseln, 212, 221 (Fn. 227), 226 ff., 236 (Fn. 334), 245 f. (Fn. 407), 346 f.

Genossenschaftsrecht, 361, 385

Genugtuung, 344 f.

Gerechtigkeit, 208 f., 216, 229 f., 256 f. (Fn. 465), 278 (Fn. 268)

- Gesamtanalogie bzw. Rechtsanalogie, 248 f., 282, 292, 327 (Fn. 837)
- Geschäftsführung ohne Auftrag
- Haftung des Geschäftsführers, 31, 56, 63, 77 ff., 88 f., 91 (Fn. 471), 101 f., 116, 127 f., 254, 257, 271, 273, 364, 409
  - Haftung des Geschäftsherrn, 109, 112, 365 ff., 416
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts, 367 (m. Fn. 1069)
- Haftung des Gesellschafters, 98 (m. Fn. 520), 363 f., 415
- Gesetzesanalogie bzw. Einzelanalogie, 282 f. (m. Fn. 595), 327 (Fn. 837)
- Gesetzesbindung, 203 ff., 211 f., 222, 225, 232, 239 f.
- Gleichheitsgrundsatz, 151, 283 (Fn. 595), 344
- Glossatoren, 19 (m. Fn. 2), 22 (Fn. 18), 25 ff., 30, 35 (Fn. 118), 38 f. (Fn. 141, 143), 41, 46 f., 53 (Fn. 223), 59 ff., 71 (Fn. 338), 72 (Fn. 346), 73, 75 (Fn. 367), 78 (Fn. 387) 82, 86, 92, 99 (Fn. 524), 100 (Fn. 528), 101 f. (Fn. 531, 535, 537)
- GmbH, Haftung des Geschäftsführers, 359 ff., 415
- gratia*, 47 (Fn. 188), 59, 73, 75 (Fn. 367), 82 f., 87, 93, 104
- Grobe Fahrlässigkeit, 38, 51, 53, 108, 110, 112 f. (m. Fn. 35), 114 (Fn. 47), 115 f., 123 f., 134 ff., 145 (Fn. 303), 148, 154, 177, 252, 254 f., 259, 268, 271, 328, 331 ff., 347 f., 351, 354 f., 355 ff., 362 ff., 381, 386 f., 388 (Fn. 1197), 397 (Fn. 1248), 409, 414 f., 417 (s. auch *culpa lata*)
- gross negligence*, 129, 134 ff., 141 ff., 155 ff., 160 (Fn. 382)
- Guest Statutes*, 147 ff., 177 f.
- Haftung des Arbeitnehmers (s. Arbeitsvertrag)
- Haftung ohne Verschulden (s. verschuldensunabhängige Haftung)
- Haftungshöchstsummen (s. Gefährdungshaftung)
- Haftungsmaßstab, 4 f., 12, 19 ff., 22 f., 38, 110, 111 f., 117, 121 ff., 150 ff., 257, 265, 326, 353 f., 358, 388, 394, 414
- Bedeutung gesetzgeberischer Bestimmung, 10
  - Bestimmung im Einzelfall, 21, 75, 82 f., 152, 156 f., 162, 166, 173 ff., 178, 395
  - Bestimmung nach Art der Obligation, 90 (Fn. 470), 121 (Fn. 105)
  - Bestimmung nach Art und Schwierigkeit des Geschäfts, 62 f., 65, 74, 79, 87 f., 100
  - Bestimmung nach der sozialen Wichtigkeit der Aufgabe, 63, 81, 102 f.
  - *favor pupilli*, 80 ff., 102
  - Freiwilliges Anbieten, 79 (Fn. 388), 137
  - Historische Kontinuität, 98 f.
  - Ungefragtes Einmischen in fremde Angelegenheiten bzw. Aufdrängen, 79, 89, 101, 116, 364 f., 416
  - Verdrängen eines Geeigneteren, 79
- Haftungsumfang, 3, 5, 43, 109 ff., 154 (Fn. 352), 176 ff., 248, 253, 388 ff., 416 f.
- Handeln auf eigene Gefahr, 332 (Fn. 859)
- Handlungsfreiheit, 281 f.
- Höhere Gewalt, 23, 140, 276, 282
- Humanisten, 30 f. (m. Fn. 77), 39 (Fn. 141, 143), 46 (Fn. 183), 48 f., 53 (Fn. 223), 64, 72 (Fn. 346), 73, 75 (m. Fn. 367), 78 (Fn. 387), 80, 83, 88 ff., 92, 99 (Fn. 524), 100 (Fn. 528), 101 (Fn. 531, 535), 104
- Inspirationsfunktion
- Historische Entwicklung, 215 f.
  - Rechtsvergleichung, 108, 218, 219 (Fn. 216), 220 f., 382
- Integritätsinteresse, 327, 328 (Fn. 941), 354 (Fn. 999)
- Interesse, 3, 6, 55 (Fn. 237), 97 (Fn. 516), 109, 122 (Fn. 108), 125, 247, 252 (Fn. 437), 254, 267 (Fn. 516), 273 (Fn. 547), 283, 286, 304 f., 312 f., 364, 386, 407

- Interessenjurisprudenz, 9, 196, 202 (Fn. 113), 225 f.
- Interesseprinzip, 3, 7, 8 f., 23 (Fn. 30), 261 (Fn. 483), 274 (Fn. 549), 277 ff., 285, 332 (Fn. 861); 369 (Fn. 1080), 371 (m. Fn. 1090), 375 (Fn. 1122), 385 (Fn. 1178)
- Italienisches Recht, 108, 121 ff., 151 ff., 177 f., 320 (Fn. 805), 409 f.
- Judiz, 211 f., 239
- Kanadisches Recht, 147 (Fn. 316), 156 (Fn. 361), 168 (Fn. 453, 454)
- Kaufvertrag, 24, 56, 88, 94 (Fn. 491), 98, 103 f. (Fn. 550), 113, 253, 376 ff.
- Kausalhaftung, 111, 118 ff. (m. Fn. 85)
- known defects-rule*, 138, 144, 162 ff., 167 f.
- Kollusion, 149 f.
- Kommentatoren, 22 (m. Fn. 18), 29 f., 35 f., 39 (Fn. 141, 143), 46 (Fn. 183), 53 (Fn. 223), 61, 71 (m. Fn. 338), 72 (Fn. 346), 75 (Fn. 367), 78 (Fn. 387), 82 f., 86 f., 89 f., 92, 99 (Fn. 524), 100 (Fn. 528), 101 (m. Fn. 531, 535), 102 (m. Fn. 537, 538)
- Kontrahierungszwang, 197
- Künstliche Intelligenz, 379 ff., 416
- „Learned-Hand-Formel“, 15, 383 ff.
- least neglect*, 137 f., 161 (m. Fn. 394) (s.a. *slight neglect*)
- Leichtfertigkeit, 117 (s.a. grobe Fahrlässigkeit)
- Leihe, 131, 288, 353 (Fn. 994)
- Bindung, 12, 272
  - Fremdnützigkeit, 322 f.
  - Haftung des Entleihers, 23, 25, 27 f., 31, 41 (Fn. 151), 44 ff., 51, 56, 85, 90 (Fn. 467), 102, 103 (Fn. 550), 104, 111, 118 f., 125, 137 f., 154, 155 (Fn. 356), 161 f., 274, 365, 370 ff., 382, 387, 394, 404, 416
  - Haftung des Verleihers, 1, 50 f., 98, 113 f., 116, 124, 138 f., 162 ff., 167 (Fn. 451), 252 ff., 257, 264 (Fn. 499), 272, 328 f., 390
- Mängelgewährleistung, 1, 50 f., 113 f., 124, 138, 162 ff., 253, 328 (Fn. 839), 351 (Fn. 981), 389, 416
  - Unentgeltlichkeit, 125 (Fn. 129, 136), 163 f., 304, 309 f.
- Lex Aquilia*, 24 f., 54 (Fn. 226)
- locatio conductio*, 31 (Fn. 83), 38, 62 f. (m. Fn. 284), 72 f., 74 (Fn. 359), 86 (Fn. 439), 88, 94 (Fn. 496), 131
- Lotto-Fall, 126 (Fn. 144), 363, 405 f.
- man of common prudence*, 136, 158
- Mietvertrag, 12, 73, 131, 137, 165, 416
- Speichermiete, 24
  - Haftung, 56, 119, 139, 155 (Fn. 356), 162, 165, 274, 373 f., 389
- Mitgift, 28, 45, 56, 77 (Fn. 378), 85
- Mitverschulden, 69, 111, 114, 171 (Fn. 465), 245, 260, 261 (Fn. 486), 332 (Fn. 859), 340 (Fn. 909), 370 (Fn. 1085), 389
- Natur der Sache, 212, 222 (Fn. 232), 228 ff., 234
- Natur des „Geschäfts“, 110 (Fn. 15), 111 (Fn. 26)
- natura contractus*, 61, 74 (Fn. 359), 99, 103 (Fn. 546)
- Naturrechtler, 19 (m. Fn. 6), 32 (m. Fn. 93), 39, 49 f., 54, 75 (Fn. 367), 103
- negligence*, 138, 142, 156, 162
- Als *action*, 142 (Fn. 280), 143 (Fn. 290), 164, 167, 170
- Normentheorie, 182, 186 ff. (m. Fn. 59), 193, 410
- Nothilfe, 78 (s. auch drohende Gefahr)
- Nutzen, 3, 5 ff., 14 f., 16, 23, 51 f., 89, 91, 93, 96 ff., 103 ff., 107, 108 (Fn. 7), 110, 118, 139, 172, 188, 265, 276 ff., 288, 322, 324 ff., 365, 376, 380, 405, 407 ff., 413 (s.a. *utilitas*)
- Beiden Vertragsparteien nutzende Verträge, 72 ff., 92 (Fn. 479), 154
- „objektive Täuschung“, 141
- Ökonomie
- Altruismus in der Ökonomie, 295, 297 (Fn. 651), 298 ff.
  - „Crowding out“, 299 f.

- Ökonomische Analyse des Rechts, 3, 15, 235 f., 279 f., 284 (Fn. 597), 328 (Fn. 839), 383 ff., 402, 408
- „Warm glow“, 300
- Opferschutz, 335 f., 340 f., 346 (Fn. 948)
- Optimierungsgebote bzw. zu optimierende Gebote, 182 f., 186, 192 f.
- Organhaftung, 274, 289, 293, 323 f., 361 (Fn. 1044), 413
- Österreichisches Recht, 108, 121, 123 ff., 277 (Fn. 563), 281 (Fn. 581), 311 f. (Fn. 752), 332 (Fn. 858), 382 (Fn. 1161), 410 (Fn. 24)
- onus*, 104
  
- Pachtvertrag, 73
- pactum de non petendo*, 99 (Fn. 524)
- Pandektisten, 19 (Fn. 3), 32 f., 39 (Fn. 141), 44, 47 (Fn. 183), 53 (Fn. 223), 54 f., 64, 72 (m. Fn. 346), 75 (Fn. 367), 77, 78 (Fn. 387), 83, 97 f., 100 (Fn. 524, 528), 101 f. (Fn. 531, 535)
- pater familias*, 21, 25 ff., 29 f., 33 (Fn. 106), 34, 43, 49, 64, 73, 121 f., 139
- periculum est emptoris*, 24
- Personenbezogene Daten, 315 ff., 413
- Pfand, 131
  - Haftung des Pfandgläubigers, 24, 37, 45, 48, 56, 74 f., 88, 103 (Fn. 550), 139, 165 f.
  - Haftung des Pfandschuldners, 74 (Fn. 365), 165 f.
  - Pfand als Vertrag, 37, 74
- Prävention, 277 (Fn. 564), 280 (m. Fn. 577), 384, 390 (Fn. 1212)
- precarium*, 44, 51 ff., 56, 91 (Fn. 471, 472), 272
- Prinzipien
  - Abgrenzung zu Regeln, 186 ff., 265 f.
  - Abwägung, 6, 62, 182 ff. (m. Fn. 24), 195 ff., 232 f., 246, 250 f., 266, 269 f., 273, 411
  - Begriff, 5 f., 18, 181 ff., 410
  - Bildung bzw. Herleitung, 2, 18, 179, 181 f., 184, 187 (Fn. 47), 192 f., 198 ff., 232 ff., 249 (m. Fn. 425), 251, 259, 410 f.
  - Globale und lokale, 237 (Fn. 338)
  - Prinzipien und Privatrecht, 194, 195 ff., 411
  - Prinzipientheorie, 6, 18, 182 ff., 241, 243 (Fn. 388), 244, 246, 410
  - Rechtsfolge, 249
  - Zusammenhang mit juristischen Argumenten, 18, 232 f.
- Privatautonomie, 189, 191, 197, 226
- privatautonomie Gestaltung der Haftung (s. Vereinbarungen über die Haftung)
- privity of contract*, 138 f.
- Probefahrt, 125 (Fn. 129), 402, 403 (Fn. 1280), 404
- Psychologie (s. Sozialpsychologie)
- Produkthaftung, 275 (m. Fn. 555), 380
- Professionalität, 294, 324 f., 355, 387 (Fn. 1190), 388
- Prokurator, 62, 64 f.
  
- Radbruchsche Formel, 207 ff., 223 (Fn. 234), 224 (Fn. 243)
- Rat (s. Auskunft)
- Realvertrag, 16 (Fn. 73), 57 f. (Fn. 253), 70 f. (Fn. 335), 265 (Fn. 502), 266 (Fn. 509)
- reasonable care*, 136, 140, 156 ff., 177 f., 409 (s.a. *reasonable man*)
- reasonable man*, 129, 136, 155 f., 158 f., 162, 164, 166, 168, 175, 177 f., 409 (s.a. *reasonable care*)
- Rechtsanalogie (s. Gesamtanalogie)
- Rechtsbindung, 204 (Fn. 129), 207 ff., 222 (Fn. 232), 224 f.
- Rechtsbindungswille, 323 (Fn. 817), 405 f.
- Rechtsdogmatik, 198 ff.
- Rechtsfindung, 182, 189, 191, 193 f., 196, 198, 202 ff. (m. Fn. 116), 211 ff., 216 f., 222, 239, 246, 302, 335 (Fn. 875)
- Rechtsfortbildung, 198, 202, 221 (Fn. 227), 222 ff., 226 (Fn. 253), 249, 259
- *contra legem*, 223 ff.
- Rechtsidee, 187 (Fn. 48), 221 (Fn. 226), 233 f.
- Rechtspositivismus, 186 (Fn. 41), 198 ff. (m. Fn. 102), 233

- Rechtssicherheit, 152, 154, 178, 207 (Fn. 140), 282 f.
- Rechtsvergleichung, Erkenntnisziele, 17 f., 107 f., 179, 382, 409
- recklessness*, 170 (Fn. 461) (s.a. *gross negligence*)
- Reduktionsklausel, 111, 388, 416
- Reflexwirkung, 274, 292, 413
- Regeln, 182 ff., 239, 265
- Repräsentation, 64
- Risikohaftung, 3, 7, 9 f., 118 (m. Fn. 77), 127, 262 f., 368 ff.
- rule of recognition*, 206 (Fn. 139)
- Sächsisches Landrecht (s. deutschsprachige Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts)
- Schenkung, 298, 299 (Fn. 660), 350 f. (m. Fn. 971), 352 (Fn. 982, 988), 353 f., 414
- *animus donandi*, 302, 305, 307, 317 (Fn. 791)
- belohnende (renumeratorische) Schenkung, 306 (Fn. 709), 311 f., 315, 320
- Bindungswirkung, 12, 71 (Fn. 336)
- Haftung des Schenkers, 1, 37, 98, 108, 112 f., 114, 123 f., 143 f., 164, 167 f., 252 ff., 257, 264 (Fn. 499), 272, 328 ff., 390
- Mängelgewährleistung, 1, 108, 112, 123, 143 f., 167 f., 253, 317, 322, 328 (Fn. 839), 351 (Fn. 981), 389, 416
- Schenkung (nicht) als Vertrag, 37, 70
- Unentgeltlichkeit, 112 f., 302, 304 f., 313, 316 ff., 321 f., 325
- Schifferhaftung, 24, 26, 140
- Schmerzensgeld, 339 (Fn. 902), 343 ff., 368 (Fn. 1078), 370 (Fn. 1085)
- Schutzpflichten, 327 ff., 349, 354 (Fn. 1001), 356 (Fn. 1009)
- Schweizerisches Recht, 17, 108 ff., 151 f., 177, 277 (Fn. 563), 294 (Fn. 636), 308 (Fn. 718), 321 (Fn. 814), 388, 409, 416
- singularia non sunt extendenda*, 282
- slight neglect*, 137, 140 (Fn. 263), 160 (s.a. *least neglect*)
- Social Action, Responsibility and Heroism Act 2015* (“SARAH”), 170 ff., 256
- societas*, 76 f.
- Sonderverbindung, 288, 294, 323 f., 403, 414
- Sozialpsychologie, 295 ff., 300
- Spätscholastiker, 19 (Fn. 5), 32, 39 (Fn. 141, 143), 46 (Fn. 183), 53 (Fn. 223), 72 (Fn. 346), 75 (Fn. 367), 90, 99 (Fn. 524), 100 (Fn. 528), 101 (Fn. 531), 103
- Sphärengedanke, 165 (m. Fn. 432), 322
- Spontaner Überzeugungswert, 339, 371, 394 f., 398, 406 f., 417
- Stallwirthaftung, 24, 26
- Statikprinzip, 7 f. (m. Fn. 20), 369 (Fn. 1079)
- Stellvertretung, 58, 68 (Fn. 321), 168 f., 284 (Fn. 597)
- Stiftungsrecht, 258, 361, 385 (Fn. 1179)
- strictly legal point of view*, 201 f.
- Symmetrie im Recht, 7 f.
- Testamentsvollstreckung, 270 f., 358 f., 415
- Tierhalterhaftung, 275, 278, 283
- Topik, 238 ff.
- tort*, 129, 143 f., 145, 155, 167 ff.
- Totalreparation, 111, 389
- Trennungsprinzip, 335 ff., 400
- Treu und Glauben, 190 f., 346 f., 379 (Fn. 1141), 396 (Fn. 1243), 398, 403, 405
- Treuhand, 267 f., 333 (Fn. 867)
- Trinkgeld, 315, 319 ff., 413
- trust*, 129, 136 (Fn. 225), 144 ff., 155, 173 ff.
- tutela* (s. Vormundschaft)
- Umwelthaftung, 15, 279 f., 281
- Unbenannte Verträge, 76
- Uneigennützigkeit, 252, 307, 333, 385 (Fn. 1179)
- Unentgeltlichkeit, 1 f., 10 (Fn. 34), 12, 71 (Fn. 336), 72 (Fn. 343), 80, 105, 116, 124, 129, 145, 148, 150 ff., 150, 157 ff., 168 ff., 173 ff., 248, 252, 254, 256 (m. Fn. 461), 261 ff., 294 ff., 332

- (Fn. 859), 333, 351 ff., 358 f., 361, 363, 386 f., 413
- Auftrag (s. dort)
- Aufwendungsersatz, 309 f., 315
- Arbeitsvertrag (s. dort)
- Ehebedingte Zuwendung, 308
- Freundschaftspreis, 310
- Gemischtes Geschäft, 263, 310 f. (m. Fn. 748)
- Geringes Entgelt, 314 f.
- „Kartoffelpülppe-Fall“, 313
- Kausale Verknüpfung, 307 f.
- Konditionale Verknüpfung, 307 f., 316 (Fn. 784), 352
- Kostenlosigkeit, 309, 315 (m. Fn. 781), 316 (Fn. 786)
- Kunstleihe, 309
- Leihe (s. dort)
- Leistung an Dritte, 310
- synallagmatische Verbindung, 307, 314, 316 (Fn. 784)
- Unmittelbare und mittelbare Zwecke, 312 ff., 352
- Unterhaltskosten, 309 (Fn. 737)
- Verwahrung (s. dort)
- Werbung, 315 (Fn. 782)
- Ungefragtes Anbieten, 41 (Fn. 152)
- USA, Recht der, 147 ff., 156 (Fn. 361), 167 (Fn. 446), 177
- usus modernus*, 32, 39 (Fn. 141, 143), 43, 46 (Fn. 183), 53 (Fn. 223), 71 (Fn. 338), 72 (m. Fn. 346), 75 (Fn. 367, 370), 79, 81 (Fn. 404), 90 ff., 99 f. (Fn. 524), 100 (m. Fn. 528), 101 f. (Fn. 531, 535, 538)
- utilitas*, 3 ff., 8, 12, 13 (m. Fn. 41), 39 (Fn. 141), 47 (Fn. 188), 83 (Fn. 424), 89, 92 (m. Fn. 477), 104, 370, 405 (Fn. 1292), 407 (s.a. Nutzen)
- *utilitas publica*, 13, 103, 172, 324
- Utilitarismus, 3, 9 (Fn. 27), 13 f., 297 (Fn. 651), 308
- Utilitätsprinzip
  - Abwägung, 58, 62, 79 ff., 89, 99 ff., 188, 232 f., 252, 269 f., 273 f., 325 f., 354, 363, 371, 374, 390
  - Abgrenzung, 12 ff.
  - „Ablehnung“ durch den Gesetzgeber, 1 f., 17, 98 f., 264 ff., 412
  - Ausgestaltung in einzelnen Rechtsordnungen, 4
  - Bedeutung in ausländischen Rechtsordnungen, 2, 107 ff.
  - Beeinflussung von Sorgfaltspflichten, 5, 18, 21, 105, 107 f., 110 f., 115 f., 119, 124 ff., 129, 151 ff., 178, 181, 275, 293, 325 f., 351 (Fn. 980), 358, 359 (Fn. 1028), 361, 363 f. (m. Fn. 1054), 376, 382 ff., 388, 409, 416 f.
  - Begriff, 2 f., 6, 7, 19, 247, 407
  - Bildung bzw. Herleitung, 2, 4, 179, 189, 194, 200, 250 ff., 407, 412
  - Definition, 3, 325, 414
  - Form, 2, 4 f., 17, 84, 86 ff., 177, 182, 407, 412
  - Gerechtigkeitswert, 103, 108 f., 149 ff., 178, 248, 371
  - Grundgedanke, 3 f.
  - Haftungsmildernde Seite, 10, 96, 107, 109, 111, 251, 252 ff., 292 f., 325 ff., 387, 404, 407, 412 f.
  - Haftungsverschärfende Seite, 11, 32 (Fn. 95), 109, 111, 251, 274 ff., 324 f., 404, 407, 412 f.
  - Historische Entwicklung, 2, 84 ff., 274
  - Verhältnis zum Interessesprinzip, 8 f., 248, 277 f., 332 (Fn. 861), 371 (m. Fn. 1090), 375 (Fn. 1122), 407
  - Verhältnis zur Risikohaftung, 8 f., 263, 369, 407
  - Verhältnis zum Vorteil-Nachteil-Zusammenhang, 7 f., 91 (Fn. 472), 94 (Fn. 491), 104 f., 277 f., 285, 407
  - Voraussetzungen, 294 ff., 386, 407, 413
  - Willenserklärungen, 232, 326, 391 ff.
  - Wirkungen, 3 ff., 12, 18, 43, 87 (Fn. 442), 107, 109 ff., 126, 178, 181, 194, 248 f., 270 (Fn. 530), 326, 376, 382, 388 ff., 409, 414, 417
- venire contra factum proprium*, 332 (Fn. 859), 346 f., 396 (Fn. 1243)
- Verbraucherrechtlichlinie, 316

- Vereinbarungen über die Haftung, 46, 70 f., 99, 102 (Fn. 535), 105, 112 (m. Fn. 34), 113 f., 125, 137, 158, 161, 348, 368 (Fn. 1077), 371 f. (m. Fn. 1099)
- Versprechen des Einsatzes einer besonderen Sorgfalt, 61 ff., 73 f., 79 (Fn. 391), 80, 99, 140 f., 142, 158 f., 166 f.
- Stillschweigender Haftungsausschluss, 125 (Fn. 129), 331 f., 364, 396 ff.
- Vereinsrecht, 255 ff., 274, 289, 293, 359 ff., 412 f.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, 193
- Verhaltenssteuerung (s. Anreiz)
- Verkehrspflichten, 246 (Fn. 407), 337, 380, 385 (Fn. 1178)
- versari in re illicita*, 11, 100 f. (m. Fn. 528), 118 f., 125, 126 (Fn. 142), 137, 159 ff., 165 ff., 365, 372 ff., 375 (Fn. 1123), 410, 416
- Verschuldensprinzip, 3, 11, 26, 251, 275, 280 ff., 288 ff., 369 ff., 374, 381 f., 387, 412 f., 416 f.
- Verschuldensunabhängige Haftung, 4 f., 11, 22 f., 26, 28 ff., 43 f., 45 f., 49 f., 67, 78, 101, 111, 117 ff., 121 (Fn. 105), 125 f., 128, 137, 140 f., 161 f., 275 ff., 289 ff., 293, 365 ff., 370 ff., 374 ff., 382 (Fn. 1160), 404, 413, 416
- Versicherbarkeit, 3, 11, 125 (Fn. 129), 151, 242 f., 324, 334 (Fn. 873), 337 f. (Fn. 896, 897), 387 (m. Fn. 1193), 399, 402, 404, 417
- Versicherung, 3, 11, 125 (Fn. 129), 151, 177, 324, 334 ff., 387 (m. Fn. 1193), 395, 399 f., 404, 417
- „vertragliche“ Haftung, 37
- Vertragsauslegung, 72, 105, 124, 128 (s.a. Auslegung)
- Vertrauen, 10 f., 57 f., 61 f., 64, 80, 100, 115 (Fn. 53), 141, 151, 160, 169, 170 (Fn. 462), 191, 252 f., 263 f., 268 ff. (m. Fn. 534), 325, 333, 351, 354, 356 ff., 361 ff., 381, 386 f., 389 f., 399, 404, 410, 412, 414 ff.
- Verwahrung, 86 (Fn. 439), 94 (Fn. 496), 131, 134, 166 (Fn. 441), 263
- Haftung des Hinterlegers, 41 ff., 69, 111, 119 f., 126 f., 160, 274, 374 ff., 382, 387, 416
- Haftung des Verwahrers, 1, 24, 38 ff., 64, 90 (Fn. 467), 98, 102, 103 (Fn. 550), 107, 114, 116, 125, 134 f., 141 (Fn. 270), 153 f., 155 (Fn. 356), 160 f., 252 ff., 257, 266, 328 f., 364 f., 374 (m. Fn. 1118), 387 (Fn. 1190), 390
- Unentgeltlichkeit, 120, 126, 131, 135 f., 160 f., 304 (m. Fn. 694), 313 f.
- Verzug
- Schuldnerverzug, 101, 159, 162, 253, 264, 329, 365, 373, 390, 409, 416 f.
- Gläubigerverzug, 263 f.
- vindicatio utilis*, 71 (Fn. 336)
- Vorhersehbarkeit, 90 (Fn. 470), 167, 290, 384
- Vormundschaft, 56, 63, 80 f., 89, 91 (Fn. 471), 270, 273, 387 f., 409
- Vorsatz, 20, 21, 108, 123, 153, 255, 259, 328, 331 ff., 347 f., 355 f., 359 ff., 414 f.
- Vorteil, 3, 6 f., 72, 95 f., 98, 104, 108 f., 111 f.; 127 (Fn. 153), 137, 188, 261, 265, 277 f., 287, 289, 294, 301, 322 f., 325, 391 (Fn. 1214), 395, 407, 409, 413 f.
- Vorteil-Nachteil-Zusammenhang, 3, 7 f., 10 (Fn. 34), 104 f., 241 (Fn. 365), 243, 277 f., 280, 285, 385 (Fn. 1178)
- Vorverständnis, 211 f., 218, 239
- Vorvertragliche Haftung (s. *culpa in contrahendo*)
- Werbegeschenke, 315, 321 f., 413
- Werklieferungsvertrag, 376 (Fn. 1128)
- Werkvertrag, 73, 131 f., 350 (Fn. 971), 376 (Fn. 1128)
- Haftung, 23 f., 31, 98, 107, 166
- Wertung und Wertungsjurisprudenz, 196, 202 (m. Fn. 113), 225 f., 227, 237, 245, 247, 290
- Zufallshaftung (s. verschuldensunabhängige Haftung)

Zwei-Personen-Verhältnis, 131, 159 (Fn.  
375), 163, 172, 299 (Fn. 660) (s.a.  
Sonderverbindung)